

# Aktuelles aus dem Bildungsdepartement

Ansprache von Regierungsrat Stefan Kölliker,  
Vorsteher des Bildungsdepartements des Kantons St.Gallen  
an der Delegiertenversammlung des Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverbands St.Gallen  
KLV vom 31. Oktober 2009, Walter Zoo in Gossau

## ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

---

Sehr geehrtes Präsidium,  
Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer,  
Liebe Gäste

Herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Versammlung. Dies ist heute das zweite Mal, dass ich anlässlich der Delegiertenversammlung des Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverbands St.Gallen zu Ihnen spreche.

In diesem Jahr hatte ich Gelegenheit, Sie an Ihren Konventsveranstaltungen persönlich in einem Tour d'horizon zu verschiedenen Bereichen der aktuellen Bildungspolitik im Bereich der Volksschule zu informieren. Sie haben daher bereits Kenntnisse, wo wir im Bereich der Volksschule am Arbeiten sind. Heute kann ich mich etwas kürzer fassen. Ich werde mich daher zur Basis- und Oberstufe im Bereich der Projekte äussern, jedoch vertieft auf Fragen und Themen eingehen, die primär die Lehrerschaft interessiert.

Ich habe verschiedentlich festgehalten, dass wir im Moment mit neuen Reformen in der Bildungspolitik zurückhaltend sein sollen. Dies ist meine klare Überzeugung. Denn es gilt nun, die umgesetzten Reformen der letzten Jahre sich setzen zu lassen und Erfahrungen zu sammeln. Aus meiner Sicht besteht eine gute Bildungspolitik nicht darin, dass sie sich ständig wandelt und alles reformiert wird. Da überfahren wir die Bürgerinnen und Bürger, aber auch viele Lehrpersonen und die betroffenen Kinder. Wir müssen uns allen auch die Zeit geben und lassen, die Neuerungen der letzten Jahre zu verdauen und bevor neue Reformen gemacht werden zu reflektieren, was nun gut läuft und was eben nicht.

Im Zentrum unser aller Bemühungen steht das Kind. Wir schaffen möglichst optimierte Lernbedingungen damit die Kinder und Jugendlichen das nötige Rüstzeug erhalten, sich im späteren Berufsleben zu behaupten. Lehrerschaft, Schulbehörden aber auch das Bildungsdepartement sind hier Partner bei der Erreichung dieses gemeinsamen Ziels.

Neben dem Kind sind jedoch Sie, geschätzte Lehrerinnen und Lehrer, für mich die wichtigste Bezugs-Gruppe. Ihre Rolle und ihre Position sind mir wichtig. Ich habe mich in meinem ersten Amtsjahr intensiv mit Lehrpersonen aus allen Stufen dieses Kantons ausgetauscht und das Gespräch mit Ihnen gesucht. Ich habe in diesen Gesprächen versucht heraus zu spüren, wo Ihnen der Schuh drückt und ihre Bedürfnisse sind. Die Antworten auf diese Fragen sind jedoch sehr heterogen und unterschiedlich. Jede Lehrperson sieht andere Probleme und Herausforderungen. Diese Heterogenität ist jedoch auch gut, sie belebt die Schule und sie belebt die Bildungspolitik. Wenn ich von Stärkung der Lehrpersonen spreche, dann meine ich damit, dass ich mich bei jedem Entscheid und bei jedem Projekt frage, was dies für Auswirkungen auf Sie – die Lehrpersonen - hat. Bringt Ihnen dies Mehrbelastung, Mehrarbeit oder entlastet Sie dies?

Ich werde Ihnen nun im Folgenden zu einigen ausgewählten Projekten einige Hintergründe erläutern. Dabei werde ich immer wieder hinweisen, wie ich die Stärkung der Lehrpersonen sehe. Denn eines bereits vorweg: Für mich heisst eine Stärkung der Lehrpersonen nicht einfach primär "mehr Geld, mehr Lohn". Dies entspricht nicht meiner Haltung. Vielmehr muss Ihre Position und Arbeit gestärkt werden.

Sie werden bei meinen Ausführungen auch sehen, dass im Bildungsdepartement im Bereich der Volksschule sehr viel läuft.

### **Zur Basisstufe**

Von allen Seiten wird in den letzten Monaten und Wochen ein Entscheid zur Basisstufe erwartet. Dabei sind die Erwartungen jedoch ganz unterschiedlich, die Basisstufe polarisiert. Einige wollen, dass wir die Basisstufe möglichst schnell flächendeckend einführen, andere wollen, dass wir die ganze Sache ohne Umschweife "beerdigen".

Die Basisstufe ist ein Projekt, das im Jahr 2002 gestartet wurde – also vor über 7 Jahren und uns seither beschäftigt. Hier nun einen raschen Entscheid zu fällen, nachdem viel Energie, Geld und Arbeit investiert wurde, wäre unseriös. Nach Vorliegen des Schlussberichtes des Kantons St.Gallen gilt es nun einen ersten Grundsatzentscheid zu fällen und dann noch weitere Berichte abzuwarten und weitere Abklärungen zu treffen. Z.B. welche Auswirkungen hat die Basisstufe auf die Lehrpersonen, auf die Lehrerbildung oder auf die Schulgemeinden? Auch die Kosten müssen noch vertieft analysiert werden.

Der Erziehungsrat hat letzte Woche den Schlussbericht des st.gallischen Projekts Basisstufe bereits zum zweiten Mal diskutiert. Es wurde jedoch noch kein Entscheid über das weitere Vorgehen beschlossen – ich kann Ihnen hier und heute auch noch keine weiteren Informationen liefern. Es gilt, zuerst die Diskussion im Erziehungsrat, dem zuständigen Gremium, zu führen und dort einen ersten Grundsatzentscheid zu fassen. Wir werden die Öffentlichkeit bis spätestens Mitte November über diesen ersten Grundsatzentscheid informieren. Ich kann Ihnen jedoch schon heute sagen, dass sich die Diskussion auch nach der Stellungnahme des Erziehungsrates noch lange fortsetzen wird. Der Schlussbericht der EDK Ost wird erst Mitte 2010 vorliegen. Auch die Meinungen von Ihnen allen werden noch gefragt sein.

Auf Antrag der Pädagogischen Kommissionen und Konvente der Unter- und der Mittelstufe arbeitet zudem eine Arbeitsgruppe am Thema "Auswirkungen der allfälligen Basisstufe auf weiterführende Stufen". Eine Basisstufe dürfte nach Einschätzung dieser Kommissionen und Konvente mit Sicherheit Auswirkungen auf die Schnittstellen zu den nachfolgenden Schulstufen haben. Die Arbeitsgruppe wird noch in diesem Jahr Ergebnisse zuhanden des Erziehungsrates abliefern. Auch diese wollen wir in unseren Entscheid einfließen lassen.

### **Zur Oberstufe**

Im Bereich der Oberstufe hat der Erziehungsrat zwei Projekte lanciert – Sie haben davon in den letzten Monaten sicher bereits einiges gehört.

#### Erstens: "Oberstufe 2012"

Hier werden jene Bereiche bearbeitet, die, aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen in der Primarschule seit dem Jahr 2008 ab dem Jahr 2012 auch auf der Oberstufe Anpassungen und Ergänzungen erfahren müssen. Dazu gehören u.a. Lektionentafel, Weiterbildungskonzept Fremdsprachen, Lehrplan, Beurteilung, Volksschulabschluss sowie Lehrmittel.

Zur Lektionentafel möchte ich Ihnen gerne detaillierte Informationen liefern: An seiner letzten Sitzung hat der Erziehungsrat den Vorschlag für die neue Lektionentafel der Oberstufe ab 2012 in einer ersten Lesung verabschiedet. Er sieht wie folgt aus: Die für alle Oberstufentypen gemeinsame Lektionentafel unterstützt die Bestrebungen nach höherer Durchlässigkeit. Die Stärkung des Fremdsprachenunterrichts auf der Primarschule wird tendenziell mit einer Stärkung

von Mathematik und Naturwissenschaften auf der Oberstufe ausgeglichen. "Individuum und Gemeinschaft" wird in allen 1. und 2. Klassen einen Schwerpunkt bilden. Es wird damit zusätzlicher Raum geschaffen für verschiedene Inhalte, wie beispielsweise individuelle Förderplanung, Politische Bildung, Medienerziehung, Umweltbildung und nachhaltige Entwicklung, Berufswahlvorbereitung, und andere. Das Gesamtpensum über alle Oberstufenjahre hinweg bleibt unverändert. Die neue Lektionentafel hilft mit, die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II noch zu steigern; im Klartext: dass noch mehr Jugendliche eine Lehre oder eine weiterführende Schule bewältigen. Weniger begabte Schülerinnen und Schüler werden in die Lage versetzt, mindestens eine zweijährige Grundbildung mit Attest oder eine Anlehre zu bestehen. Aber auch begabte Schülerinnen und Schüler werden in besonderen Zeitgefässen zusätzlich gefördert; es findet keine Nivellierung nach unten statt. In der 1. und 2. Oberstufe wird für alle Leistungsstufen eine möglichst breite, gemeinsame Basis geschaffen. Dispensationen sind in Ausnahmefällen weiterhin möglich, sie sollen aber so spät wie möglich erfolgen, damit die Berufswahl nicht frühzeitig eingeschränkt oder gar verunmöglicht wird. Das letzte Schuljahr erlaubt dank spezifischer Zeitgefässe eine bedarfsgerechte Individualisierung. Mit dem Bericht zur Oberstufenstruktur wird auch die neue Lektionentafel in eine koordinierte, breit angelegte Vernehmlassung gegeben.

Und noch etwas zum Weiterbildungskonzept: Bei den Zusatzqualifikationen für die Englischlehrpersonen werden die ersten Sprachkompetenzkurse in wenigen Monaten erstmals durchgeführt. Die methodisch-didaktischen Kurse beginnen 2011. Das neue Englisch-Lehrmittel soll dann wichtiger Kursinhalt sein. Momentan befasst sich eine Evaluationsgruppe intensiv mit den Vorabklärungen. Wir können davon ausgehen, dass der Erziehungsrat im nächsten Sommer den Entscheid für das Lehrmittel fällen kann.

#### Zweitens: "Oberstufenstruktur"

Untersucht wird hier der Zusammenhang zwischen dem Oberstufenmodell, der demographischen Entwicklung und der Schulqualität; ein weiteres Thema in diesem Rahmen ist die Trägerschaft der Oberstufe. Mit dem Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahlen ist es an verschiedenen Standorten nicht mehr möglich, eine traditionelle Oberstufe mit zwei Sekundar- und einer Realklasse je Jahrgang zu führen. Im Projekt wird geprüft, wie weit alternative Modelle den weiteren Betrieb kleinerer Oberstufenzentren möglich machen und trotz einer neuen Struktur die Unterrichtsqualität sicherstellen. Der Erziehungsrat hat den Bericht zur Oberstufenstruktur noch nicht beraten – er liegt uns jedoch vor.

Nach der Beratung wird der Erziehungsrat den Bericht zu beiden Oberstufen-Projekten im November in die Vernehmlassung geben. Zudem werden im November/Dezember Informationsveranstaltungen durchgeführt. Wir sind bestrebt, dass die anstehenden Fragen nach der breiten Vernehmlassung rasch entschieden werden, sodass Klarheit über das weitere Vorgehen im Bereich der Oberstufe besteht.

#### **Zur Anerkennung der Lehrdiplome**

In Ihren Kreisen hat das Thema in den letzten Monaten hohe Wellen geworfen. Wir haben daher mit einem Beitrag im Amtlichen Schulblatt im September 2009 zur schweizerischen Anerkennung von st.gallischen Lehrdiplomen und zur Verleihung akademischer Bologna-Titel in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung informiert. Gerne benutze ich an dieser Stelle die Gelegenheit, noch einmal auf wesentliche Elemente einzugehen:

In den vergangenen 15 Jahren wurde die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der ganzen Schweiz neu strukturiert und im Hinblick auf eine gesamtschweizerische Anerkennung der Lehrdiplome koordiniert. Die neuen Ausbildungsgänge wurden auf Hochschulstufe angesiedelt und es können – neben den Lehrdiplomen – zusätzlich akademische Titel wie "Bachelor" oder "Master" abgegeben werden. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat die heutigen Ausbildungsgänge der Pädagogischen Hochschule des Kantons St.Gallen (PHSG) resp. deren Vorgängerinstitutionen (Pädagogische Hochschule Rorschach PHR und Pädagogische Hochschule St.Gallen PHS) gesamtschweizerisch anerkannt.

Mit der sogenannten "Erst-Anerkennung" wurden auch automatisch die früher ausgestellten Lehrdiplome der ehemaligen Lehrerseminare und der PHS bzw. wiederum deren Vorgängerinstitutionen SLS und RLS rückwirkend anerkannt. Dies bedeutet konkret, dass - entgegen Befürchtungen der Lehrerschaft - altrechtliche Abschlüssen im Hinblick auf den Berufszugang gegenüber neuen Abschlüssen in keiner Art und Weise benachteiligt sind. Die altrechtlichen Diplome gelten nach wie vor. Lehrpersonen mit einer altrechtlichen Ausbildung bleiben auch im Bezug auf die Besoldung denjenigen mit einer neurechtlichen Ausbildung gleichgestellt.

Die bisher ausgestellten Lehrdiplome entsprechen trotz rückwirkender gesamtschweizerischer Anerkennung durch die EDK aber keinem Bachelor- oder Master-Abschluss. Für Absolventinnen und Absolventen der alten Lehrerseminare sind somit Bologna-Titel a priori ausgeschlossen, da die Seminare keine Hochschulen, sondern Mittelschulen waren.

Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer: Ich verstehe Ihr Anliegen und Ihre Sorgen. Als diese Beschlüsse gefasst wurden, war ich noch nicht im Amt. Doch leider muss ich Ihnen hier und heute sagen, dass der Handlungsspielraum für Änderungen klein ist. Ich habe jedoch anlässlich einer Aussprache mit der ROSLO, ihrer Ostschweizerischen Landesorganisation, versprochen, dass wir – also die EDK-Ost – nochmals eine Umfrage betreffend den offenen und ungelösten Punkten durchführen und dass diese dann in der EDK-Ost besprochen werden - schliesslich ist dies ja eine überkantonale Angelegenheit. Je nach dem werden wir dann bei der EDK Anträge nochmals einbringen.

### ***Zur Weiterentwicklung der Lehrdiplome***

Der Vorstand der EDK stellt Vorschläge zur Diskussion, wie die Diplomkategorien für die Vorschulstufe und die Primarstufe schweizweit harmonisiert werden können. Der Erziehungsrat hat Kenntnis genommen von einer Konsultation zur Weiterentwicklung der Lehrdiplom-Kategorien und die Sozialpartner eingeladen, sich an einer Vernehmlassung zu beteiligen.

Die Vorschläge der EDK gehen in die Richtung, dass an der Primarschule zunehmend Lehrpersonen mit eingeschränktem Fächerkanon unterrichten sollen. An der PHSG dagegen werden nach wie vor Allrounder ausgebildet. Ich stehe voll und ganz hinter diesem St.Galler-Modell. Der Erziehungsrat wird an seiner nächsten Sitzung die st.gallische Vernehmlassung zuhanden der EDK verabschieden.

So viel vorweg: Ich lehne die Ausbildungsvarianten, wie sie die EDK vorschlägt, ab. Die Varianten bringen mehrheitlich nur Nachteile – sei dies für Sie als Lehrpersonen oder auch für die Schulgemeinden beim Lehrpersoneneinsatz: Zerstückelung der Lehrpensen, zu viele Bezugspersonen für die Kinder, Förderung des Fachlehrersystems sowie komplexe und unübersichtliche Stunden- und Pensensplanung sind nur einige Stichwörter dazu. Die Kernfächer in der Ausbildung sollen eine breite Grundbildung ermöglichen. Die Möglichkeiten einer Nachqualifikation und einer Erweiterung des Diploms müssen jedoch bestehen bleiben.

Der Erziehungsrat wird sich in den nächsten Monaten intensiv mit der Lehrerbildung auseinandersetzen. Dabei wird er den Austausch mit der Pädagogischen Hochschule suchen. Es ist Aufgabe der "Abnehmerseite" zu diskutieren, welche Lehrpersonen sie möchte, denn dies hat grosse Auswirkungen auf die Schule von morgen.

### ***Zur Studie Jugenddelinquenz im Kanton St. Gallen***

Wie Sie den Medienberichten und dem Amtlichen Schulblatt entnehmen konnten, hat das Bildungsdepartement zusammen mit dem Sicherheits- und Justizdepartement Professor Dr. Martin Killias vom Kriminologischen Institut der Universität Zürich den Auftrag zur Studie Jugenddelinquenz erteilt. Im April 2008 wurden insgesamt 5'200 Schülerinnen und Schüler aller neunten Klassen im Kanton St.Gallen mittels Online-Fragebogen interviewt. Die Erkenntnisse zu Zusammenhängen zwischen Gewalterfahrungen bzw. delinquentem Verhalten von Jugendlichen und alltäglichen Lebenserfahrungen standen im Zentrum, um u.a. schulische Einflüsse und As-

pekte analysieren zu können. Dabei hat sich als wichtiger Einflussfaktor eine positive emotionale Bindung von Jugendlichen an die Schule erwiesen. Je besser die Einstellung von Jugendlichen zur Schule ist, d.h. je stärker Jugendliche die Schule mögen, desto tiefer ist das Risiko von Gewaltanwendung in- und ausserhalb der Schule.

Mir ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, dass sich Lehrpersonen bewusst sind, in erster Linie Kinder zu unterrichten und nicht nur Fächer. Mit dieser Haltung leisten Sie einen entscheidenden Beitrag zur guten emotionalen Bindung an die Schule – und erhöhen wirkungsvoll die Leistungsbereitschaft sowie die Sozialkompetenz der Kinder und Jugendlichen. Sie stärken dabei jedoch auch sich selbst. Das liegt auch im eigenen, praktischen Interesse der Lehrpersonen: Jugendliche, die eine positive emotionale Bindung zur Schule haben, sind die einfacheren Schülerinnen und Schüler. Diese kommen gerne zur Schule und machen im Unterricht mit.

Wir nehmen das Thema "Gewalt" sehr ernst und planen neben den bereits laufenden Massnahmen auch neue. Das Bildungsdepartement hat daher der Fachstelle ZEPRA den Auftrag erteilt, in einem ersten Schritt ein Gewaltpräventionskonzept mit einem Massnahmenkatalog für Schulen zu entwickeln. Dieses Konzept soll u.a. Ergebnisse anderer Studien berücksichtigen und einen Überblick über wirksame Präventionsprogramme schaffen.

*Zum Schluss möchte ich nun noch Ausführungen zu drei Themen machen, für die sich der KLV als Standesorganisation speziell interessiert: Personalgesetz, Versicherungskasse und Berufsauftrag.*

### **Zuerst zum Personalgesetz**

Die Regierung hat ein neues Personalgesetz in eine Vernehmlassung bis Ende September 2009 gegeben. Mit diesem sollen die Grundlagen der Anstellung nicht nur für das Staatspersonal, sondern – in einigen elementaren Punkten – auch für die Lehrpersonen angepasst werden:

Erstens wird das gesamte Personal, dessen Dienstrecht durch den Kanton geregelt wird, d.h. die Verwaltungsangestellten des Kantons sowie die Lehrpersonen des Kantons und der Gemeinden, nicht mehr durch eine Verfügung, sondern durch einen Vertrag angestellt werden. Der Arbeitsvertrag wird allerdings nicht im Privatrecht (also nicht im OR), sondern wie die bisherige Verfügung im öffentlichen Recht verankert. Die Umstellung hat zur Folge, dass die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer bei einer allfälligen Kündigung keinen Rekurs ergreifen kann, sondern - nach einem Schlichtungsverfahren - den Klageweg einschlagen muss und dass dabei die aufschiebende Wirkung des laufenden Prozesses entfällt. Ausserdem wird das bisherige Disziplinarrecht abgeschafft und durch personalrechtliche Massnahmen ersetzt.

Zweitens wird der ordentliche Übertritt in den Ruhestand vom 63. auf das 65. Altersjahr angehoben. Diese Massnahme steht im Zusammenhang mit der Revision der Pensionskasse, zu der im Moment eine separate Vernehmlassung läuft und zu der ich gleich nachher noch sprechen werde. Die neue Versicherung ist trotz Anhebung des Ruhestandsalters auf eine unveränderte Altersleistung von 50% ab dem Alter 63 ausgerichtet, d.h. für das neue ordentliche Pensionierungsalter 65 wird eine Rente von 55% angestrebt.

Zurzeit wird im Personalamt die Vernehmlassung zum Personalgesetz ausgewertet. Das Personalgesetz samt den Änderungen der Schulgesetze soll im Jahr 2010 im Kantonsrat behandelt und frühestens ab dem Jahr 2011 angewendet werden. Wichtig ist die Aussage, dass damit nur formelle Grundlagen geändert werden sollen, die mit dem Berufsauftrag und auch dem Lohn der Lehrpersonen nichts zu tun haben und schon immer für Verwaltung und Unterricht gleich geregelt waren – das eigentliche Lehrerdienstrecht bleibt also unberührt. Aus diesem Grund wurde die Sozialpartnerschaft im Projekt nicht auf der Schiene BLD – KLV, sondern auf

der allgemeinen Schiene FD – Personalverbändekonferenz (wo der KLV als einer von mehreren Verbänden vertreten ist) gepflegt.

### **Zweitens zur Revision der Versicherungskasse**

Die Regierung hat bekanntlich den Entwurf für eine Neuregelung der beruflichen Vorsorge in die Vernehmlassung geschickt. Diese Vorlage ist ehrgeizig und komplex, aber von den Umständen her fällig. Mit ihr sollen vier Ziele erreicht werden:

1. Die zwei bisherigen Versicherungskassen für das Staatspersonal und die Volksschullehrpersonen sollen zu einer einzigen Versicherungskasse mit einheitlichen Angeboten fusioniert werden, zur St.Galler Pensionskasse.
2. Die neue Kasse soll rechtlich verselbständigt, d.h. aus der Verwaltung ausgegliedert werden. Damit kann insbesondere auch eine paritätische Führung sichergestellt werden (Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertretungen im Stiftungsrat).
3. Die Altersvorsorge in der neuen Kasse soll umgestellt werden vom Leistungsprimat (eine vorbestimmte Rente bestimmt die zu zahlenden Beiträge) auf das Beitragsprimat (die bezahlten Beiträge bestimmen die Rente).
4. Sparziel bleibt 50% Rente im Alter 63. Auf Alter 65 bezogen ergibt dies 55% Rente. Dafür müssen aber die Sparbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer dem aktuellen Umfeld angepasst werden (höhere Lebenserwartung). Das heisst im Klartext: Die Beiträge müssen über alles gesehen erhöht werden, damit die "Rechnung aufgeht". Das wäre aber auch in gleichem Mass nötig, wenn die Kassen nicht umgebaut würden.

Gleichzeitig mit der Kassenrevision soll der Übertritt in den Ruhestand flexibilisiert werden: Man soll neu zwischen 58 und 70 statt zwischen 60 und 63 in Rente gehen können. Die "ordentliche" Pensionierung wird auf 65 ausgerichtet.

Federführend im Kassenprojekt ist das Finanzdepartement, welches auch unsere Lehrerversicherungskasse verwaltet. Wir vom Bildungsdepartement waren und sind aber in die Revision einbezogen. Die Revision befindet sich noch bis Ende November in der Vernehmlassung. Sie finden genaue Informationen auf [www.pensionskasse.sg.ch](http://www.pensionskasse.sg.ch).

Zurzeit finden Informationsveranstaltungen zur Revision der Pensionskasse statt. Viele von Ihnen haben uns bereits an der Kantonsschule am Brühl und an der Kantonsschule Wattwil zugehört und Fragen gestellt. Am 9. und 12. November 2009 finden an der Kantonsschule Sargans und an der Kantonsschule Heerbrugg nochmals zwei Orientierungen statt, zu denen Sie herzlich eingeladen sind. Ich verweise für die Einzelheiten auf die Ausschreibung im Schulblatt oder im Internet.

Wir sind gespannt, welche Resultate die Vernehmlassung bringt.

### **Drittens zum Berufsauftrag der Lehrpersonen**

Der KLV hat dem Erziehungsrat den Antrag gestellt, den Berufsauftrag zu überarbeiten und den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Der Erziehungsrat hat beschlossen, unter Einbezug des SGV eine Spurgruppe einzusetzen. Diese ist nun an der Arbeit. Ich habe von dieser Gruppe noch keinen Zwischenbericht erhalten. Zuhanden einer nächsten Sitzung des Erziehungsrates ist durch diese Spurgruppe ein Bericht zur Situation des Berufsauftrags der Lehrpersonen auszuarbeiten. Auf der Grundlage dieses Berichts wird über das weitere Vorgehen zu befinden sein. Ich werde mich dann gerne in die Diskussion einbringen und bin auf die Ergebnisse der Spurgruppe gespannt. Bei dieser Diskussion werden wir dann sicher noch vertieft die Möglichkeit haben, über die Rolle und Position der Lehrpersonen zu diskutieren.

Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer. Wie ich bereits kurz nach meinem Amtsantritt öffentlich kundgetan habe: Ich stehe hinter Ihnen, ich will mithelfen, dass ihr Berufsstand in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert hat und Ihre tägliche Arbeit zum Wohl unserer Kinder anerkennt

wird. Dies kann ich alleine jedoch nicht erreichen oder durchsetzen. Dazu braucht es ein Miteinander – ein Miteinander zwischen Ihnen und mir. Nur so können wir etwas erreichen.

Herzlichen Dank für Ihre Arbeit, Ihren Einsatz und die Zusammenarbeit – und nicht zuletzt für Ihre Aufmerksamkeit.